

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabellstraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 4952 und 8849

Nummer 5

Berlin, den 29. Januar 1927

2. Jahrgang

Mietpreissteigerung.

Vor einigen Tagen nahm Herr Staatssekretär Dr. Popitz in München Gelegenheit, Vertreter von Kommunalbehörden über seine neuesten Steuerpläne zu informieren. Herr Popitz sprach auch im Zusammenhang mit der Hauszinssteuer von einer Erhöhung der Mieten, wobei es sich herausstellte, daß der Herr Staatssekretär eine Mietpreissteigerung in Höhe von 20 Proz. in kürzester Zeit für ganz selbstverständlich hält.

Das tun nun andere Leute auch. Aber Herr Popitz ist nicht irgendeiner, sondern der allmächtige Mann im Reichsfinanzministerium. Was er in München darlegte, ist wohl die Auffassung des gegenwärtigen Finanzministers und das Bestreben des ganzen Ministeriums. Demnach will man dort die Mietpreissteigerung bis zu 20 Proz. auf jeden Fall, wobei man sich noch, so ganz nebenbei, mit dem Gebanten trägt, das Existenzminimum kräftig zu besteuern. Nachdem man an faule Privatbetriebe Mietsubventionen zahlte, Steuererlasse machte und Steuererstattungen in unerantwortlichem Ausmaß vornahm, beläugelt man mit einer neuen Belastung der Massen, die, gering gerechnet, eine runde Milliarde ausmachen dürfte.

Wenn man gegenüber diesen Plänen die Lage unserer Wirtschaft und die soziale Lage der Massen betrachtet, ist man erstaunt und entsetzt. Es ist schon kein Reichsinn mehr, sondern ausgesprochene Privatgier, womit die gegenwärtige Leitung des Reichsfinanzministeriums an die Neuordnung der finanziellen Dinge geht. Hat man sich schon im Reichsfinanzministerium klar gemacht, was eine Mietpreissteigerung in dem beschriebenen Umfang für unsere Wirtschaft bedeutet? Hat man sich schon mal in stiller Stunde überlegt, wie die neue Belastung auf die Lohnrenten, die Gestehungskosten, die Warenpreise und die deutsche Warenausfuhr wirken muß? Wir wollen Waren nach dem Ausland exportieren und müssen das. Ein Mehrerport von Waren in Höhe von einer Milliarde Mark bedeutet für unseren Arbeitsmarkt Mehrbeschäftigung von rund 100.000 Arbeitern. Exportieren können wir aber nur, wenn unsere Industrie in der Lage ist, angemessene Preise zu stellen, die den Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt vertragen.

Wie muß nun die beschriebene Mietpreissteigerung den Preisstand deutscher Industrieware beeinflussen? Diese Frage ist außerordentlich wichtig und muß unserer Auffassung nach darüber entscheidend sein, ob man sich für die Mietpreissteigerung entscheidet oder nicht. Um sie zu beantworten, greifen wir auf die Ausführungen eines der bekanntesten Fachmänner, des Architekten Paulsen, des Schriftleiters der bekannten Bauzeitschrift "Bauteil" zurück. Danach kostet ein Kubikmeter ungebauten Wohnraumes bei uns im Frieden etwa soviel wie 25 bis 30 Pausenstunden, in Nordamerika soviel wie acht Maurerstunden. Auf Grund dieser Rechnung verwendet der Durchschnittsamerikaner rund 13 Proz. seines Einkommens auf die Wohnung. Die Aufwendung beträgt in Deutschland wohl das Doppelte, in Fällen von Neubauten sogar noch mehr. Die Tatsache der billigeren Wohnpreise in Amerika ist deshalb außerordentlich wichtig, weil auf Grund der technischen Entwicklung Amerika in Zukunft der Hauptkonkurrent für die deutsche Warenausfuhr auf dem Auslande sein wird. Da der Einkommensteil, der auf die Wohnung zu verwenden ist, in Amerika sehr viel geringer ist als bei uns, so ist leicht einzusehen, daß unsere gesamte Industrie eine ungeheure Vorbelastung zu tragen hat.

Diese Vorbelastung dürfte sich auf die Preise unserer Industriewaren um so mehr auswirken, da unsere Lebenshaltungskosten, insbesondere die Kosten für die bloße Ernährung, infolge der verlebten deutschen Zollpolitik ständig ansteigen. Was Nordamerika, unserem künftigen Hauptkonkurrenten auf den Auslandsmärkten, angeht, so vermochte es, seinen Ernährungsindex im Laufe des Jahres 1926 von 164 auf rund 156 herabzubringen. Die Schweiz ermäßigte ihn von 165 auf ebenfalls unter 160, England von 168 auf etwa 160 usw. Nur Deutschland hielt es für angebracht, seinen Index von 143 auf etwa 145 bis 146 zu erhöhen. Das bedeutet höhere Gestehungskosten für unsere Industrie, Behinderung unserer Wettbewerbsfähigkeit, Bruchlegung unserer Exporte und Verschlimmerung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der Staatssekretär meint aber, die Dinge könnten noch eine Belastung von rund einer Milliarde ertragen, wobei er sich sicherlich nicht um die Auswirkungen einer solchen Belastung bekümmert hat.

Andererseits wird die Belastung in einem solchen Mietsenstand den Warenalage im Binnenlande weiter unterbinden. Das preußische Statistische Landesamt stellt für den Monat Dezember 1926 eine allgemeine, von den künstlich gesteigerten Getreidepreisen ausgehende Tendenz fest. Unter Einfluß dieser Bewegung haben sich die Preisunterschiede zwischen Dezember 25 und Dezember 1926 abermals gegenüber den Preisunterschieden November 1925 und November 1926 vergrößert. Das ist eine omalige Bestätigung. Sie belagt nichts anderes, als daß der Konflikt in Deutschland abermals in einem neuen Prozeß der Zusammenkürzung getreten ist. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt können nicht ausbleiben. Will Herr Staatssekretär Dr. Popitz jene Belastung des Arbeitsmarktes, die an sich für sich kommt, zu einer untragbaren machen? Hat sich bereits mit seinen Kollegen vom Reichswirtschaftsministerium darüber besprochen, wie dieser angesichts der Pläne des Reichsfinanzministeriums überhaupt aus der Wirtschaftskrise auskommen wird? Oder wie gedenkt er die Millionen für die Erwerbslosenfürsorge zu beschaffen, die die neue Wendung infolge der Mietpreissteigerung notwendig machen wird? Schließlich bleibt der Staatssekretär, nachdem er in München geäußert hat, nicht stumm wie der Fisch im Wasser.

Andererseits ist es auch an der Zeit, daß das deutsche Wirtschaftliche Unternehmertum endlich mal Farbe bekannnt. Es ist dabei, als es hieß, die Preise für Getreide in die Höhe zu treiben. Das bedeutete für die Industrie eine starke Belastung, dann auf die Arbeitererschaft abgewälzt wurde. Jetzt droht eine neue Belastung durch die Mietpreissteigerung. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat noch vor wenigen Wochen Forderungen nach einer höheren Miete unterstützt, die sich

hinsichtlich der Industriebelastung noch schlimmer auswirken müssen als die künstlich erhöhten Getreidepreise. Bildet man sich im Reichsverband der deutschen Industrie ein, die abermalige Neubelastung wieder auf den Arbeiter abwälzen zu können? Ist das der Fall, dann können wir nur verzweifeln, daß sich die Herren von Duisburg und Frowein irren. Das der Arbeitererschaft abermals zugemutete Opfer ist so hoch und so ungeheuerlich, daß die Dinge jetzt endlich danach drängen, ausgeglichen zu werden. Wenn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dahin seine Vorbereitungen trifft, ist das nur natürlich.

Dabei ist folgendes zu überlegen: Bei der beschriebenen Mieterhöhung handelt es sich um eine grundsätzliche Angelegenheit. Man überschreitet im stärksten Ausmaß die Friedensgrenze. Sofern der Agent für Reparationszahlung sich nicht dafür interessiert, macht man den Weg für einen schrankenlosen Mietwucher frei. Dadurch schafft man, Jahre nach der großen Inflation, in dem Hause neue Inflationsgewinner. Heute schon dürfte der Durchschnittshausbesitzer infolge der Entwertung der früher auf den Häusern ruhenden Marktschulden mehr an seinem Besitz verdienen als vor dem Kriege, wo die Häuser bis an den Schornstein mit Hypotheken belastet waren und der größte Teil der Mieten nach den Banken floß. Das Herr der Inflationsopfer wird unter seinen Umständen die neuen Inflationsgewinner getarnt lassen. Vielleicht macht das Reichsfinanzministerium, das mit dieser Angelegenheit zu tun hat, dem Herrn Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums diese Zusammenhänge mal deutlich!

Was heißt aber schrankenloser Mietwucher? Der Hausbesitzer will freie Mieten haben und das Reichsfinanzministerium unterstützt diese Forderung mit seinen Maßnahmen. Dabei übersteht das Ministerium völlig, welche anormalen Faktoren für die freie Mietpreisbildung heute in Deutschland in Frage kommen. Dazu führte Herr Oberregierungsrat Doppe vor kurzem folgendes aus:

„Nehmen wir an, wir hätten die 1,8fachen Baukosten und dazu den Friedenszinsfuß 1, so würde die Miete das 1,8fache betragen müssen. Nehmen wir an, wir hätten die Friedensbaukosten 1 und den dreifachen Zinsfuß, so kommen wir zur dreifachen Miete. Nun müssen wir das Zusammenwirken dieser beiden Faktoren berücksichtigen, nämlich gestiegene Baukosten und gestiegener Zinsfuß und das Verhältnis, wie diese beiden in der freien Wirtschaft zusammenwirken, ergeben durch einfache Multiplikation $1,8 \times 3 = 5,4$ “

Das Resultat aus den anormalen Faktoren im heutigen Deutschland ist nach den Darlegungen Doppes die 5,4fache Miete. Das Ergebnis würde sich heute, weil der Zinsfuß sich etwas ermäßigt und der Baukostenindex ein wenig erniedrigt hat, um ein Bruchteil niedriger stellen. Wir haben aber für heute und noch für die nächsten Jahre durch eine freie Mietpreisbildung mit einem Mehrfachen der Friedensmiete zu rechnen.

Hoffentlich beherzigt man das und läßt von Plänen ab, die töricht und untragbar sind.

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands im Jahre 1926.

Nirgends kommt der Krisenzustand, in dem sich das soziale und wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes im letzten Jahre befand — und noch befindet — schärfer zum Ausdruck, als in der Gestaltung des Arbeitsmarktes. Das ganze Jahr hindurch war nach der Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise eine Mißverhältnis arbeitswilliger Menschen, die fast immer die zwei-Millionen-Grenze weit überschritt, auf der Suche nach Arbeit und bot ihrer Arbeitskraft und ihre Geschicklichkeit vergebens aus. In dem ergebnissen Mäßiggang dieser ungeheuren Armees von Arbeitskräften in einer Zeit, in der für den größten Teil des Volkes der allerdringendste Bedarf an Verbrauchsgüter und Lebensgütern aller Art unbefriedigt ist, liegt die allerdringendste Kritik an der Fallschirmorganisation unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die Krise des Arbeitsmarktes tritt um so schärfer in Erscheinung, wie man so niederdrückender, als die anderen Faktoren, nach denen man die Lage der Wirtschaft beurteilt, den Krisenzustand längst überwunden haben. Auf dem Gebiet der Produktion haben sich Steigerungen von starkem Ausmaß vollzogen. Auf dem Kapitalmarkt ist der Mangel an Kreditkapital längst überwunden, und die Kreditbedingungen nähern sich immer mehr dem normalen Zustande. Die Aktienmärkte haben im letzten Jahr eine Wertsteigerung erlebt, die in der deutschen Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel ist. Einzig und allein auf dem Arbeitsmarkte dauert der Krisenzustand fort, und sein Ende ist vorläufig noch nicht abzusehen.

Die lange Dauer der Arbeitsmarktkrise hat ihre Ursache in der technischen und organisatorischen Rationalisierung der Betriebe, deren Ziel in erster Linie die Verabridung der Lohnkosten ist. In dem technisch rationalisierten Betrieb steht an Stelle des arbeitenden Menschen der „Eiserne Mann“, der Maschinenautomat, der nicht nur einen, sondern Tausende Arbeitenden überflüssig macht. Nach einer Schätzung des demokratischen Reichstagsabgeordneten Lemmers sind als Folge der Rationalisierung im letzten Jahre mehr als eine halbe Million Arbeiter und Angestellte arbeitslos geworden. Das ist die große soziale Tragödie der Rationalisierung unserer Wirtschaft: Während sie dem Kapitalbesitzer reichen Gewinnbringt, drängt sie viele Tausende Arbeiter aus dem Produktionsprozeß hinaus, stürzt sie als Opfer der kapitalistischen Entwicklung in das Elend der Arbeitslosigkeit und schafft gleichzeitig durch das Anwachsen der industriellen Reservearmee das wirkungsvollste Mittel des Lohnendrucks.

In den Veränderungen des Beschäftigungsgrades der Mitglieder unserer Organisation zeigen sich die gleichen Tendenzen wie in der Gestaltung des allgemeinen Arbeitsmarktes. Durch Rationalisierungsmaßnahmen, wie sie besonders in der chemischen, mechanischen, Bauwerkstoff- und auch in anderen Industrien zur Anwendung kamen, wurde die an und für sich sehr hohe Arbeitslosenquote noch weiter gesteigert. Am Anfang des Jahres waren im Fabrikarbeiterverband von je 100 Mitgliedern nicht weniger als 40 entweder voll erwerbslos oder durch Kurzarbeit in ihrem Arbeitsverhältnis beeinträchtigt. In den Verbänden der Porzellan- und Glasarbeiter, die sich am 1. August mit dem Fabrikarbeiterverband verschmolzen, war die Arbeitslosigkeit zum Teil sogar noch größer: Im Porzellanarbeiterverband waren am Anfang des Jahres sogar 55 Proz. der Mitglieder entweder voll erwerbslos oder mieden als Kurzarbeiter mit verringertem Verdienst vorlieb nehmen. Im Laufe des Jahres trat dann — abgesehen von Rückschlägen in einzelnen Gruppen — eine zwar erhebliche Erleichterung ein, die aber lange nicht soweit ging, um auf dem Arbeitsmarkt einen normalen Zustand herbeizuführen. Der letzte Monat des Jahres brachte sogar eine nicht unerhebliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit in den meisten Gruppen. Die nachfolgende Uebersicht zeigt die Veränderungen in den von der Arbeitslosenstatistik festgestellten monatlichen Relativzahlen für Arbeitslose und Kurzarbeiter im Fabrikarbeiterverband und in den Verbänden der Porzellan- und Glasarbeiter, bezogen auf die Organisationsgruppe Glas- u. Porzellan-Industrie im Jahre 1926:

1926	Von je 100 Mitgliedern waren					
	Arbeitslose			Kurzarbeiter		
	Fabrikarbeiter	Porzellanarbeiter	Glasarbeiter	Fabrikarbeiter	Porzellanarbeiter	Glasarbeiter
Januar	20,6	14,5	16,9	17,6	39,2	15,0
Februar	20,1	14,8	18,7	16,4	32,7	19,4
März	18,7	15,7	18,8	14,7	26,0	13,3
April	18,5	14,1	18,8	14,8	22,6	13,0
Mai	15,7	14,2	18,0	13,3	20,5	12,0
Juni	15,2	15,8	19,1	12,0	23,1	7,0
Juli	14,8	17,5	19,2	11,5	26,0	7,0
August	15,1	14,6	19,2	9,7	26,1	19,1
September	13,2	12,4	16,7	11,4	24,9	12,3
Oktober	13,6	10,3	15,0	8,3	19,7	5,8
November	13,8	8,4	14,1	7,0	9,9	5,4
Dezember	15,2	8,8	14,1	7,5	11,4	3,0

* Gesamtzahl einschließlich des Keramischen Bundes.

Die nach der Gründung des Keramischen Bundes durchgeführte Gliederung der Arbeitslosenstatistik nach Industriegruppen bringt bemerkenswerte Anhaltspunkte über den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriezweigen unseres Organisationsbereichs.

	Arbeitslose				
	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Fabrikarbeiter-Verband, insgesamt	16,1	13,2	13,6	13,8	15,2
In den Industriegruppen:					
Chemische Industrie	14,1	12,8	13,0	13,1	13,7
Papier-Industrie	13,6	10,6	11,8	9,5	5,8
Nahrungsmittel-Industrie	11,9	10,3	6,3	7,4	11,3
Spielwaren- u. sonst. Indust.	19,9	19,2	17,3	17,6	23,1
Keramischer Bund, insgesamt	15,2	14,2	15,8	16,2	18,0
Porzellan-Industrie	14,6	12,4	10,3	8,4	8,8
Glas-Industrie	13,2	16,7	15,0	14,1	14,1
Grobkeramik	12,7	18,7	20,7	21,1	26,8

	Kurzarbeiter				
	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Fabrikarbeiter-Verband, insgesamt	9,7	11,4	8,3	7,0	7,6
In den Industriegruppen:					
Chemische Industrie	9,1	9,1	8,6	6,1	7,2
Papier-Industrie	14,3	12,5	9,5	8,2	7,2
Nahrungsmittel-Industrie	5,1	5,2	2,0	1,4	5,1
Spielwaren- u. sonst. Indust.	14,2	14,0	11,5	11,4	11,1
Keramischer Bund, insgesamt	14,8	13,6	8,8	6,9	7,6
Porzellan-Industrie	26,1	24,9	18,7	9,9	11,4
Glas-Industrie	13,1	12,3	6,5	5,4	3,9
Grobkeramik	6,5	7,4	7,4	6,1	7,9

Die relativ günstigste Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigen die Porzellan- und die Papier-Industrie. Die Nahrungsmittel-Industrie hat durchweg eine verhältnismäßig niedrige Arbeitslosenquote, während sie in der chemischen Industrie auf der durchschnittlichen Höhe bleibt. Recht ungünstig lag das ganze Jahr hindurch der Beschäftigungsgrad für die Gruppe Spielwaren-, Blumen-, Federn- und sonstige Industrien. In der Glas-Industrie ist der Rückgang der Kurzarbeiter sehr stark, jedoch bleiben die Relativzahlen für Kurzarbeiter immer noch recht hoch. Das Anwachsen der Arbeitslosenzahlen in der Grobkeramik ist und in der Baustoff-Industrie in den Wintermonaten ist im wesentlichen auf die in diesem Verne wirklichen Jahreszeiteinflüsse zurückzuführen, verstärkt durch Abbau in den rationalisierten Betrieben. Die Abschwächung der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten des Jahres ist recht wichtig. Auch am Ende des Jahres

Unternehmerwillkür in Penzig.

Stückfließlos und brutal geht das Unternehmertum Glasindustrie in Penzig gegen die Arbeiterschaft vor. Reduktionen und schlechte Behandlung wechseln miteinander. Herr Weiskner jun. glänzt im vollen Lichte. Er hat das seinem Vater Ererbte zu verwalten, aber wenn diese Verwalter weitergeht wie bisher, wird unsere Organisation entschlossen gegen die Maßnahmen des jungen Herrn Stellung nehmen. Ein Mitglied des Betriebsrats wurde in den letzten Tagen plötzlich auf die Straße geworfen, weil er angeblich ungebührliches Benehmen gezeigt haben soll. Wir haben den beschuldigten Weg beschritten und werden dem jungen Mann in Penzigwerken zeigen, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch die Arbeiter zu gelten haben. — In der Kristallglasfabrik hat der Herr vor den Weihnachtstagen Überstunden forderte, und unsere Kollegen glaubten den Schmalmeinen jungen Mannes und leisteten die Überstunden. Das Weihnachtsgeld ging vorüber, und nun wurden die Schleifer entlassen und sind bis heute noch arbeitslos. Jetzt soll die Betriebsratnahme in der Kristallglasfabrik erfolgen, da erklärt Herr Weiskner, daß unter den bisherigen Bedingungen nicht gearbeitet werden kann und der Betrieb nur rationalisiert werden. Das heißt, in der Schleiferei wird ein Anzeiger eingestellt; dann muß das Glas vorher abgeschliffen werden, wird dazu eine Arbeiterin eingestellt, und nun, ihr Kristall Schleifer, werden eure Löhne um, sage und schreibe, nicht weniger als 50 Proz. bei den verschiedensten Sorten reduziert. Lohnreduktion bei den meisten Sorten beträgt 30 bis 35 Proz. Das nennt man in Penzig bei der Firma Weiskner auf „Rationalisierung“. Unser Kollege Girbig vom mit Herrn Weiskner verhandelt, aber der junge Mann hat keine Zeit, er mußte nach Görlitz und sonstwohin reisen. Die Organisation hat den Schlichtungsausschuß angerufen, und dieser hat sich mit den Vorgängen in jenem „Musterbetrieb“ beschäftigt haben.

Nicht anders sieht es in den anderen beiden Quetschen Penzig, die man ebenfalls Kristallglasfabriken nennt. Gegenwärtige Zeit heißt allen diesen Herren geeignet zu sein die Rationalisierung vorzunehmen, aber in einer Weise, die die Auffassung dieser sogenannten Schleifereibetriebe entspricht. Das haben unsere Organisation lückenlos ausgeübt und werden unsere Mitglieder zum Kampf aufrufen, wenn wir die Zeit geeignet halten und werden danach unsere Maßnahmen treffen. Die Herren sollen nicht glauben, daß sie mit dem Lebensglück unserer Kollegen dauernd Spielball treiben können.

Auf dem großen Glashüttenwerk Adlerhütte hat die Direktion die Abnahme des Glases nach der Veredelung bestimmt. Der Glasmacher soll allen Bruch, der während der Veredelung entsteht, tragen. Diese Verfügung wurde erlassen, ohne mit dem Betriebsrat irgendwie zu verhandeln. Die Unangenehmkeit, man gegen die Glasmacher ausübt, ist ganz ungeheuerlich. Es soll wieder das alte vorriatorische Verhältnis zur Einführung kommen. Jeder frische Luftzug, jeder frische Hauch, unterdrückt werden. Das ist die Rationalisierung, wie man in Penzig anstrebt. Mächtig muß immer muß es sein und bleiben. Dabei sind es die Adlerhütten-Glashüttenwerke, die ungeheure Gewinne abwerfen und deren Direktoren u. Aktionäre Riesengewinne einheben, ohne sich um das Wohl u. Wehe der Arbeiterschaft zu bemühen. Herr Betriebsrat Dr. Buge weiß weiter nichts zu verfügen, als alle diese alten Zustände einzuführen. Kammen doch in den letzten Wochen Aktionärsverdienste bis zu 8,50 Mk. für den Glasmacher vor, weil das Glas einfach bei der Veredelung verschwunden war und niemand wußte, wo das vom Glasmacher angefertigte Glas geblieben war. Wir werden uns in der nächsten Zeit nochmals näher mit diesem Musterwerk zu beschäftigen haben.

Warttarifverhandlungen für die Weißglasindustrie.

Unser Kollege hat durch den Keramischen Bund über unsere Verordnungen unterrichtet, wieder zu einem einheitlichen Tarifvertrag für die Weißglasindustrie zu kommen. Unser Bemühen haben nunmehr inoffizieller Erfolg gehabt, daß Tarifverhandlungen am Donnerstag, den 3. Februar, in Berlin festgesetzt worden sind. Der von uns eingereichte Entwurf hat allerdings keine Zustimmung beim Schutzbund Deutsche Glasfabriken gefunden, sondern bietet selbst einen Entwurf an. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, nur wir es sich bald zeigen, daß auch ein einseitig vom Schutzbund ausgearbeiteter Tarif kaum eine geeignete Grundlage geben wird.

Die kommenden Verhandlungen werden zeigen, welchen Wert die Herren des Schutzbundes auf das Zustandekommen eines Reichstariifvertrags legen. Jedenfalls werden wir alle gebotene Möglichkeiten ausnützen, um unser Ziel zu erreichen. Das Ziel das dahin geht, endlich wieder einmal Ordnung an Stelle der Zerissenheit zu setzen, sollte auch vom Schutzbund verfolgt werden.

Außerordentlich bedauerlich ist, daß das Reichsarbeitsministerium immer noch keine Zeit gefunden hat, in der Frage der Unterstellung der Glashüttenindustrie unter § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit, das gegebene Ministerwort einzulösen. Ueber fünf Wochen sind bereits verstrichen, seitdem Herr Reichsarbeitsminister ausgesagt hat, die Verordnung wäre fertig und käme in nächster Zeit heraus. Warum zögert man? Herr Dr. Brauns sein Versprechen gab, was von einer Regierungskrise noch nicht zu reden. War die Verordnung als wenigstens schon in ihren Grundzügen fertig, dann kann auch für die Herausgabe der Verordnung kein Hindernis in der augenblicklichen Zeit bestehen.

Für unsere Tarifverhandlungen wäre es von außerordentlichem Werte gewesen, bereits die Verordnung zu kennen. Viele Schwierigkeiten, die beim späteren Erscheinen der Verordnung wieder eintreten können, könnten jetzt bei den Verhandlungen erledigt werden.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen werden wir an gleicher Stelle unsere Kollegen informieren.

Unterstützungsentziehung als Wohlfahrtsakt.

Zum November vorigen Jahres erhielten mehrere Inhabler der Siemens A.-G., Abt. Vitzke, von der Generaldirektion in Dresden schriftliche Mitteilung, daß sie keine Unterstützung von der Pensionkasse sowie vom sogenannten Siemenstift erhalten könnten. Als Begründung war angegeben, weil die Belegschaft in Vitzke es abgelehnt habe, ihre Betriebskrankentafel aufzulösen und sich der Zentral-Betriebskrankentafel der A.-G. Siemens anzuschließen.

Hierzu sei folgendes bemerkt: Im Oktober 1925 berief der Vorstand der Betriebskrankentafel in Vitzke eine außerordentliche Ausschusssitzung ein; unter anderem stand auf der Tagesordnung: Die Verschmelzung der Betriebskrankentafel mit der Zentralbetriebskrankentafel der Siemens-Konzern. In der Ausschusssitzung wurde die Verschmelzung abgelehnt. Die Verkleinerung gab sich damit nicht zufrieden, und es fanden mehrere Ausschusssitzungen statt, in denen wiederum die Verschmelzungstrage ins Wasser fiel.

Auf Antrag der Firma wurden darauf zwei Vorstands- und Ausschussmitglieder nach Dresden geschickt, um an der Ausschusssitzung der Zentralen Betriebskrankentafel teilzunehmen, um genaue Informationen über das Weesen der Zentralen Betriebskrankentafel zu holen und um die Verschmelzung zu machen. Nach der Verhinderung stellte es sich heraus, daß die Belegschaft sowie deren Krankenkassenvertreter wiederum einen ablehnenden Standpunkt einnahmen.

Die ablehnende Stellungnahme sollten nun die Arbeiter zu spüren bekommen. Man mußte die zentrale Macht zuerst gegen

Verfüzung der Arbeitszeit wird von den Gewerkschaften im Rheinland und Westfalen in der Öffentlichkeit und in sämtlichen Betrieben vorbereitet. Am 30. Januar werden im städtischen Saalbau in Essen und einen Sonntag später in Köln große Kundgebungen für die Befestigung der Arbeiterschaft und allgemeine Verfüzung der Arbeitszeit veranstaltet. Es liegt an der Arbeiterschaft selbst, diese Kundgebungen zu machtvollen Demonstrationen für die Verwirklichung dieses Zieles zu gestalten und aus allen Betrieben ihre Vertreter zu entsenden. B. Hertwig.

Unnötige Sorgen des Reichsarbeitsministeriums.

Es ist gerade ein Jahr vergangen, seitdem ein Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats eine Anzahl Glashütten besichtigte, um im Auftrage des Reichsarbeitsministeriums festzustellen, ob die Verhältnisse in der Glasindustrie eine Unterstellung dieser Industrie unter dem § 7 der Arbeitsverordnungs notwendig machen. An der Besichtigung des Ausschusses schlossen sich lange Beratungen an, die dann am 26. Mai 1926 zu einem Gutachten des Reichswirtschaftsrats führten. Der Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses des RWK war einstimmig gefaßt, also mit der Stimme der Vertreter der Glasindustrie, und besagte, daß fast alle Arbeiterkategorien der Glasindustrie dem § 7 zu unterstellen seien. Gewiß waren im Untersuchungsgebiet verschiedene Betriebe vorhanden, aber im Hauptansatz kam eine völlige Einigung in der Schlussabstimmung zustande.

Unter solchen Umständen konnte und mußte erwartet werden, daß das Reichsarbeitsministerium das Gutachten des RWK bald durch Verordnung herausgeben würde, damit der geplagten Glasarbeiter ihr lang verhaltenes Recht gegeben wird. Doch weit gefehlt. Monate gingen ins Land, nichts rührte sich. Vom Glasarbeiterverband war anfangs Juli 1926 ein Schreiben an das RMW gegangen mit dem Ersuchen, nunmehr dem Gutachten des RWK zu folgen und die Verordnung zu erlassen. Zwei Monate später kam die Antwort des RMW, daß die Sache noch einige Monate ruhen müsse. Das Ministerium hätte die Absicht, von weiteren Verhandlungen Abstand zu nehmen und das neue Arbeitsgesetz zu beschleunigen. Kennen behaupteten damals schon, daß von einem schnellen Einbringen eines Arbeitszeitgesetzes keine Rede sein kann, sondern mindestens noch zwei Jahre vergehen würden, ehe das neue Gesetz herauskäme.

Anfangs Dezember 1926 kam es durch Vermittlung unseres Kollegen Bren dann zu einer Aussprache mit dem Herrn Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Die Aussprache fand im Reichstage statt, und dem Minister wurde den Besuchern die Erklärung abgelesen, daß die Verordnung bereits fertig wäre und in aller nächster Zeit herauskommen würde. Der Herr Minister antwortete auch keine Freude darüber, daß der Beschluß des RWK ein einstimmiger gewesen sei. Hoffnungen tauchten auf, ja, Gewißheit war den Arbeitnehmervertretern gegeben, denn sie hatten natürlich keinen Anlaß, an dem Ministerwort zu zweifeln. Doch es kam anders, als man dachte. Noch immer ist die Verordnung nicht erschienen und das hat folgenden Grund:

Am 15. Dezember 1926 erschienen die Unternehmer der Glasindustrie im Reichstage und erzuhrten um eine Aussprache mit dem Herrn Reichsarbeitsminister und dem Herrn Reichsarbeitsminister. Woher die Herren Kenntnis von der bevorstehenden Verordnung hatten, wird wohl ewig unauflösbar bleiben. Kurz, sie hatten Kenntnis. Wir wissen nicht, mit welchen Herren der Ministerien die Unternehmer verhandelt haben, aber wir wissen, daß ein bewegliches Klagegeld angestimmt worden ist. Die Herren haben geschaut, was sie tätigen wollten, nämlich eine nochmalige Verzögerung der Sache. Das Reichsarbeitsministerium hielt eine nochmalige Aussprache mit den Beteiligten für notwendig und lud zum 5. Januar d. J. die Unternehmer- und die Arbeiterorganisationen ein.

Wir wissen nicht, was das Reichsarbeitsministerium sich dabei gedacht hatte. Eine nochmalige Verhandlung der ganzen Sache hätte erforderlich gemacht, erneute Besichtigungen vorzunehmen, also den ganzen Laden noch einmal anzuschauen. Hätte man dies tun wollen, dann müßte man den Reichswirtschaftsrat reaktivieren. Dann wären die Herren, die das Gutachten abgegeben haben, direkt vor den Kopf gestoßen worden. Das aber andererseits bei einer solchen Aussprache, die teilweise so ausfiel, als wenn Verhandlungen vor einem Schlichter geführt werden, für das Ministerium nichts gewonnen werden konnte, war erklärlich. In ständelähnlichen Ausführungen wurden Momente für und wider angeführt. Die Unternehmer waren in einer großen Anzahl angetreten, und dann ginaen die Klagen und Vorwürfe los. Die Unternehmer behaupteten, daß sie nicht gehört worden wären; dabei fand in jeder besichtigten Fabrik eine Aussprache mit der Direktion und dem Betriebsrat, in Anwesenheit der beiderseitigen Organisationsvertreter, statt.

Die Unternehmer behaupteten aber auch, daß sie keinen Sachverständigen im Arbeitsausschuß des RWK gehabt hätten. Dabei hatten sie den Vorsitzenden in der Kommission in Gestalt des Herrn Dr. Habersbrunner, der die Interessen der Glasindustrie im Ausschuß außerordentlich stark vertreten hat. Als die Unternehmer auf diese Tatsache aufmerksam gemacht wurden, erklärten sie ganz lässig, daß Dr. Habersbrunner kein Sachverständiger für die Glasindustrie sei. Dr. Habersbrunner war er 20 Jahre Syndikus in der Glasindustrie; die heutigen Syndici sind zum Teil erst wenige Jahre dabei. Wie diese Widersprüche zu erklären sind, darüber brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. Wir führen die Sache nur an, um zu zeigen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um der Arbeiterschaft Schaden zuzufügen.

Hierbei einmal ging nach den Ausführungen der Glasindustrie die Glasindustrie ihrem Kain entgegen. Wer die Herren heute genau kennt, der weiß, daß diese Klagen über den Kopf in alt sind, wie die Glasindustrie. Dabei ist sie aber noch und stark geworden. Die Ausführungen der Unternehmer werden zum Teil mit recht argem Stimmenaufwand vorgetragen, und immerlich waren die Ausführungen auch gerade nicht, denn einer der Herren müßte sich von den Arbeitnehmervertretern lassen, daß er sich so benehmen solle, wie es unter arbeitenden Leuten üblich ist.

Was hat das Reichsarbeitsministerium nun durch diese Ausschüsse gewonnen? Der Zweck der Ausschüsse sollte nach den Ausführungen des Herrn Reichsarbeitsministers sein, nachzuprüfen, ob irgendwelche Veränderungen gegenüber der Zeit vom 26. Mai des vergangenen Jahres einzuwirken sind. Die Ausschüsse hat erlassen, daß solche Veränderungen nicht vorliegen. Es ist in keiner Weise eine Veränderung des damals bestehenden Zustandes eingetreten. Das Reichsarbeitsministerium wird sich davon überzeugen haben, daß die ständelähnliche Sitzung ein Resultat war, und im Interesse der Beratungen des Reichswirtschaftsrats sollten solche Sitzungen nicht mehr abgehalten werden. Es kann den Herren, die die schwierige Arbeit der Untersuchungen auf sich genommen haben, nicht gleichgültig sein, wenn ihre Arbeiter in einer solchen Weise nachgedrückt werden sollen.

Die Verantwortung für die Beschlüsse trägt der Reichswirtschaftsrat; deswegen braucht sich das Reichsarbeitsministerium keine Sorgen mehr darum machen. Die Glasarbeiter verlangen, daß endlich die Verordnung herauskommt. Das Wort des Herrn Ministers Dr. Brauns muß Geltung haben; es ist aufgebaut gewesen auf ein einstimmiges Gutachten. S. O.

Wirtschaftsjahres 1926 trägt der Arbeitsmarkt den Charakter des sozialen Notstandes, der zu groß ist, um seine Behebung sich selbst zu überlassen. Wenn die kapitalistischen Vorkämpfer der Nationalisierung hoffen, daß die durch die technische und organisatorische Umstellung gestärkte Wirtschaft die jetzt überzähligen Arbeitskräfte wieder auffangen wird, so ist dieses für die arbeitslosen Massen ein sehr schwacher und auch unsicherer Trost. Die Arbeiterschaft verlangt vielmehr energische Durchführung solcher Maßnahmen, die geeignet sind, den Arbeitsmarkt wirksam und schnell zu entlasten: Durchführung des von der Regierung aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms, Erlass des von den Gewerkschaften geforderten Arbeitszeitgesetzes. Insbesondere fordert sie aber, daß die Nationalisierung sich in einer Erhöhung der Kaufkraft durch Steigerung der Löhne und Verbilligung der Preise auswirken muß. Die Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen ist die wirksamste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Auswirkungen der Nationalisierung.

In der „Königlichen Zeitung“ vom 15. Januar 1927 wird berichtet über eine Sitzung der Industrie- und Handelskammer in Köln, wo Geheimrat Louis Hagen sich mit den Auswirkungen der Nationalisierung beschäftigt hat. Nach seinen Darlegungen hat die Nationalisierung im Kölner Wirtschaftsgebiet ihren wohlthätigen Einfluß auf die Verbilligung und die Vermehrung der Erzeugung ausgeübt.

Von einer Preissteigerung im großen Ausmaß haben die Arbeitnehmer noch nichts verspürt, im Gegenteil, die Preissteigerungen sind Tatsachen, die auch Herrn Geheimrat Hagen bekannt sein müßten. Wohl steht fest, daß ein riesengroßes Arbeitslosenheer auf der Straße liegt, ferner wissen auch die Arbeitnehmer, daß in allen Industriezweigen mit wenigen Ausnahmen die Produktion bei erheblicher Verminderung der Arbeiter und Angestellten gewaltig gestiegen ist. In den Betrieben werden zu Tausenden Überstunden geleistet, gegen deren Beteiligung in wirtschaftlichen Interessen der Wirtschaft selbst sich die Arbeitgeber entschieden wehren. Der Unmut, der mit dem Überstundenanwesen gerrieben wird, geht in einzelnen Industriezweigen soweit, daß bei Wegfall der täglich geleisteten Mehrstunden und bei Einführung des Achtstundentages teilweise familiäre Arbeitslose in den Betrieben Beschäftigung finden könnten. Bei der S. O. Farbenindustrie in Leverkusen wurden im Monat November bei einer Belegschaftstärke von annähernd 6000 die nachstehenden Überstunden verfahren:

In Sonntagstunden	11 000 Std.
Davon haben geleistet 342 Handwerker	5518 Std.
ferner 547 Fabrikarbeiter	5492 "
In allgemeinen Überstunden	17 930 Std.
Davon haben geleistet 846 Handwerker	9777 Std.
ferner 1146 Fabrikarbeiter	8153 "

Wenn schon eine gewaltige Vermehrung der Produktion eingetretener und auch offen von der Arbeiterschaft ausgedrückt wird, so vermüssen wir aber die daraus notwendigen Konsequenzen zu ziehen, die Arbeitslosen durch Verfüzung der Arbeitszeit und Wegfall aller nicht direkt dringenden notwendigen Überstunden im Wirtschaftsprüfung wieder einzureichen. Das Streben nach besseren technischen Einrichtungen und die Einführung von Verbesserungen der Produktionsmethoden kann doch kein Selbstzweck sein, sondern mußte für die in der Produktion stehenden wirtschaftliche Erleichterungen bringen, die letzten Endes die Kaufkraft und damit die gesamte Wirtschaft betreffen. Heute hören wir nur das Schlagwort stets: „Ersparrung von Arbeitskräften und Steigerung der Leistung!“ Die Auswirkungen dieser Parole sehen wir in Betriebsstilllegungen, Paragrafen und Massenarbeitslosigkeit, verbunden mit verächtlichen Lobreden auf der ganzen Linie. In einigen Industriezweigen wird systematisch die männliche Arbeitskraft durch die weibliche ersetzt. Die billige weibliche Arbeitskraft ist hier der Impuls dazu, Maßnahmen vorzunehmen, die an Zustände aus der guten alten Zeit erinnern, wo die Frauen schwer arbeiten mußten und der Mann lag auf der Wärschbank. Im Eingriffe ist festgestellt worden, daß eine besonders große Zahl von Männern erkrankt ist, während die Frauen Arbeit in denselben Betrieben gefunden haben, wo der Mann jahrelang beschäftigt war. Das muß, mit Geheimrat Hagen zu reden: Die wirtschaftlichen Einflüsse, die die Nationalisierung zurückgelassen hat!

In Solter Zahlstellengebiet wirkt sich die Nationalisierung besonders schmerzhaft aus.

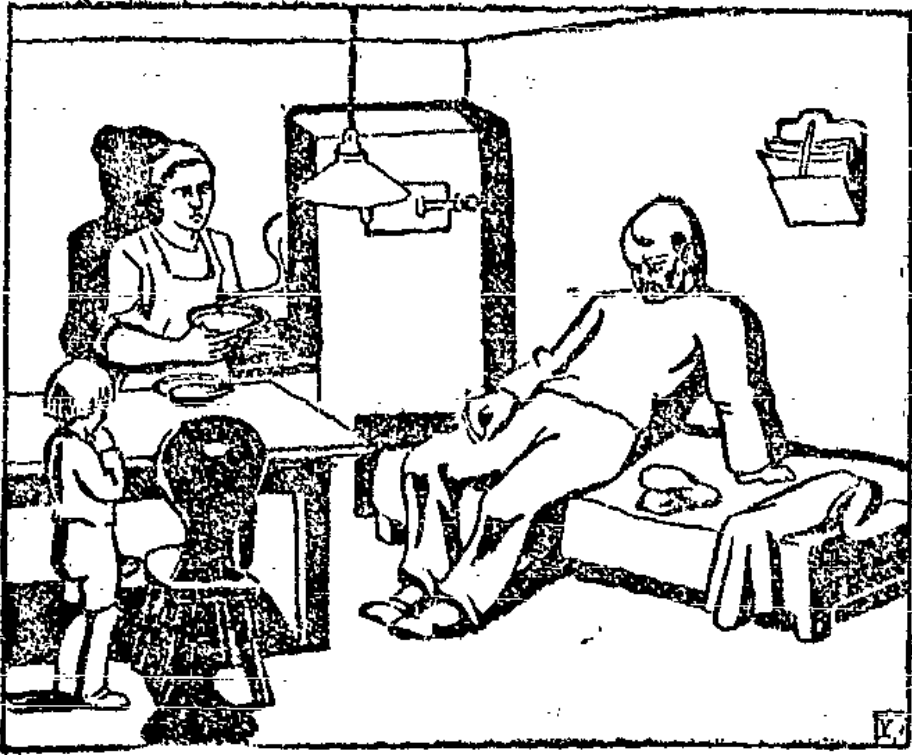
Am 31. Dezember 1925 betrug die Zahl der Arbeitslosen 750, an Kurzarbeitern waren vorhanden 1260.

Am 31. Dezember 1926 an Arbeitslosen 1190, an Kurzarbeitern 410.

Am 31. Dezember 1926 waren folgende Betriebsstilllegungen zu verzeichnen:

a) Chemische Industrie:	
1. Schmitt & Bau, A.-G. Ehrenfeld	42 Beschäftigte
2. Goholot A.-G. in Krefeld	630 "
3. Rhein-Electrochemie, Krefeld	130 "
4. Electrometall, Krefeld	45 "
5. Pöschel, Krefeld	630 "
6. Wollweberwerke in Wessling	45 "
7. Untermeyerwerke, Maria Theresia	180 "
8. Pöschel & Co. in Krefeld	40 "
9. Krefeld & Co. in Wessling	30 "
10. Ober-Fabrik, Ehrenfeld & Co.	10 "
11. Ober-Fabrik, Ehrenfeld	25 "
12. Ober-Fabrik, Ehrenfeld, Krefeld	15 "
13. Fritz Geyer, Wessling	15 "
1517 Beschäftigte	
b) Seifen-Industrie:	
1. Gratenhoff-Werke A.-G. in Krefeld	50 Beschäftigte
2. Hofmann & Co. Ehrenfeld	15 "
3. Deutscher Seifenfabrik, Krefeld	30 "
4. Krefeld & Co. Ehrenfeld	60 "
145 Beschäftigte	
c) Eben technische Industrie:	
Chemische Fabrik, Wessling	35 Beschäftigte
d) Holz-Industrie:	
Stamm & Gumboldt, Wessling	25 Beschäftigte
e) Feuerwerke Industrie:	
Wessling & Co. Krefeld	5 Beschäftigte
f) Kunstseiden-Industrie:	
Wessling, Krefeld	45 Beschäftigte
g) Leder-Industrie:	
Vom Rath & Sohn, Krefeld	150 Beschäftigte

Die Arbeiterschaft in Deutschland muß die Tendenzen der Nationalisierung aufmerksam verfolgen und darauf hinwirken, daß die Produktion der Wirtschaft des Landes zur Folge haben und deshalb auch einen viel größeren Anstoß an dem Verträge der Arbeit für sich in Anspruch nehmen muß. Jedes Jahr zu erreichen und durchzuführen ist Vorbereitung, daß die Arbeitszeit entsprechend dem Stande der Technik auf acht Stunden festgelegt wird. Eine umfangreiche Propagandakampagne gegen das Heberstimmensuchen muß für



Heute nach zwölfstündiger Arbeitszeit: Zu müde zum Essen.

gehalten, die tariflichen Bestimmungen zu beachten. Aber andernfalls hält man dieses nicht für nötig. Trotzdem in Hermsdorf einige hundert Arbeitslose vorhanden sind, darunter Fachleute, die diese Arbeit machen können, läßt die Direktion, an deren Spitze der ehemalige Staatsrat Dr. Richter als Sozialdirektor steht, lieber den Staat und die Gemeinde feste Erwerbslosenunterstützung bleihen, und die im Betrieb beschäftigten Arbeiter müssen Überstunden machen bis zum Umfinken. In der Zeit vom 11. bis 12. Januar 1927 mußte der Brenner 3. W. 18 Stunden ununterbrochen hintereinander brennen. Dabei einen Ofen, der nur 20 Stunden brennt. Es ist schon vorgekommen, daß Arbeiter 26 Stunden hintereinander arbeiten mußten. Unter Druck, unter Drohungen, bei Gefahr sofortiger Entlassung darf sich weder Arbeiterrat noch der Arbeiter selbst weigern. Das sind nette Zustände. Der technische Direktor Feisch, ein Ingenieur, macht Anspruch darauf, als ein tüchtiger Betriebsorganisator zu gelten. Ob man ihn bei diesen Zuständen als solchen gelten lassen kann, erscheint uns sehr zweifelhaft. Nachfolgend geben wir einen Auszug aus den Lohnlisten über geleistete Arbeit nebst Überstunden: Der Brenner A. R. hatte am Abrechnungstag einer 14tägigen Lohnperiode, am 20. August 1926, nicht weniger als 157 Stunden geleistet. Die Stunden legen sich so aneinander:

Table with 2 columns: Percentage of normal working hours and corresponding hours worked. Includes entries for 8 1/2, 87 1/2, 12, 8, and 41 percent, with descriptions like 'großen Ofen gebrannt' and 'mit 5 Proz. Zuschlag'.

Zus.: 157 Stunden. Normalarbeitszeit 96 Stunden.

Derselbe Brenner am 3. September 1926 144 Stunden mit wiederum 41 Stunden zu 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 17. September 129 Stunden. Derselbe am 1. Oktober 156 1/2 Stunden mit 40 1/2 Stunden zu 50 Proz. Zuschlag. Sonntagsstunden. Derselbe am 15. Oktober 145 Stunden. Derselbe am 29. Oktober 114 1/2 Stunden. Derselbe am 12. November 151 Stunden, darunter 45 1/2 Stunden zu 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 26. November 135 1/2 Stunden. Derselbe am 10. Dezember 155 1/2 Stunden. Derselbe am 21. Dezember 107 Stunden. Bei den in Frage kommenden Ofen kommt eine Brenndauer von 16 bis 20 Stunden ununterbrochen in Frage.

Sonntagsarbeit muß laut Tarif mit 50 Proz. Zuschlag vergütet werden. Es ist also immer an Sonntagen je 20 Stunden gearbeitet worden. Der Brenner D. W. hat in der Abrechnungsperiode am 1. Oktober 1926 167 1/2 Stunden gearbeitet. Derselbe am 15. Oktober 153 Stunden. Derselbe am 29. Oktober 147 1/2 Stunden. Derselbe am 10. Dezember 141 1/2 Stunden. Derselbe am 24. Dezember 148 Stunden.

Der Brenner A. G. am 23. Juli 1926 167 1/2 Stunden. Normalarbeitszeit 96 Stunden. Derselbe am 20. August 150 Stunden mit 25 Stunden zu 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 3. September 141 Stunden mit 41 Stunden zu 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 29. Oktober 145 1/2 Stunden. Derselbe am 12. November 145 1/2 Stunden. Derselbe am 24. Dezember 153 Stunden.

Der Brenner J. M. am 17. September 117 Stunden. Derselbe am 1. Oktober 123 1/2 Stunden. Derselbe am 15. Oktober 127 Stunden. Derselbe am 29. Oktober 124 Stunden. Derselbe am 12. November 126 Stunden. Derselbe am 26. November 120 Stunden. In dieser Periode noch einen Tag gefehlt. Derselbe am 10. Dezember 124 Stunden. Derselbe am 24. Dezember 115 Stunden. Derselbe am 7. Januar 1927 in 73 1/2 Stunden Normalarbeitszeit 89 Stunden.

Der Brenner S. R. in der 14tägigen Abrechnungsperiode mit einer Normalarbeitszeit von 96 Stunden 142 Stunden, darunter 38 1/2 Stunden mit 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 20. August 146 1/2 Stunden. Derselbe am 3. September 159 Stunden mit 40 Stunden zu 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 1. Oktober 155 Stunden und wiederum 40 Stunden mit 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 15. Oktober 167 1/2 Stunden, wiederum 40 Stunden zu 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 29. Oktober 151 Stunden mit 42 Stunden zu 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 12. November 153 Stunden, darunter 43 Stunden mit 50 Prozent Zuschlag. Derselbe am 26. November 141 1/2 Stunden. Derselbe am 10. Dezember 171 1/2 Stunden bei einer Normalarbeitszeit von 96 Stunden. Derselbe am 24. Dezember 169 Stunden. Derselbe am 7. Januar 1927 in einer Normalarbeitszeit von 72 Stunden 119 Stunden.

Der Brenner O. D. am 5. Februar 1926 164 Stunden. Derselbe am 6. August 140 Stunden. Derselbe am 7. Januar 1927 99 1/2 Stunden bei einer 72 Stundenperiode.

Der Brenner R. R. am 17. September 145 1/2 Stunden. Derselbe am 1. Oktober 172 1/2 Stunden. Dessen Pensum in 14 Tagen lag so aus:

Table with 2 columns: Percentage of normal working hours and corresponding hours worked. Includes entries for 27 1/2, 4, 51 1/2, 12, 20, and 40 1/2 percent, with descriptions like 'Tage Lohn', 'Toufabren', 'vorgebrannt', 'mit 5 Proz. Zuschlag', 'mit 25 Proz.', and 'mit 50 Proz.'.

Zus.: 172 1/2 Stunden bei einer Normalarbeitszeit von 96 Stb.

Derselbe am 15. Oktober 145 Stunden. Derselbe am 29. Oktober 148 Stunden. Darunter 41 Stunden mit 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 12. November 155 Stunden mit 45 1/2 Sonntagsstunden zu 50 Proz. Zuschlag. Derselbe am 26. November 140 Stunden. Normal 87 1/2 Stunden, da ein Tag fehlt. Derselbe am 10. Dezember 161 Stunden. Derselbe am 24. Dezember 150 1/2 Stunden. Derselbe am 7. Januar 103 Stunden. Normal 72 Stunden.

Welche Aufsummen von Überstunden- und Sonntagszuschlag muß die Firma auszahlen? Wenn man annimmt, daß ein Brenner 75 W. Lohn pro Arbeitsstunde erhält und dieser in 14 Tagen 172 1/2 Stunden arbeitet, so bekommen wir folgende Rechnung:

Table with 3 columns: Percentage of normal working hours, corresponding hours worked, and calculated amount in Marks. Includes entries for 27 1/2, 4, 15, 51 1/2, 12, 20, and 40 1/2 percent, with calculations like '= 20,63 M.', '= 3,-', '= 11,25', '= 38,63', '= 9,15', '= 18,75', and '= 45,57'.

Das sind bei diesem Brenner in einer 14tägigen Lebensperiode 19,39 M. Überstunden- und Sonntagszuschlag.

Diese Zustände stinken zum Himmel und sind einer Direktion, die auf Reputation hält, unseres Erachtens unwürdig.

Millionen von Arbeitslosen, die Erwerbslosenfürsorge erhalten müssen, für die der Staat und die Gemeinden erhebliche Aufwendungen machen müssen, und auf der anderen Seite eine Arbeitslosigkeit von 172 Stunden in 14 Tagen von einer einzigen Person. Wo ist der Volkswirtschaftler, der dieses heranzuwarten will? Wie vereinbart sich dieses mit den tariflichen Abmachungen? Hat die Direktion in Hermsdorf den Erlass des Reichsarbeitsministers wegen der Beschränkung der Überstunden auf das Mindeste nicht gelesen? Für die Direktion in Hermsdorf scheint es Omenungen nicht zu geben. Ihr genügt es, wenn der Arbeiter rechtlos gemacht ist, koste es was es wolle. Und freie Sonntage brauchen die Arbeiter wohl auch nicht. Aber das mag Herr Richter und Herr Feisch mit dem Warrer ausmachen. Unsere Verhandlungskommission, die in der zweiten Februarwoche über den Abschluß neuer Verträge mit dem Arbeitgeberverband beraten soll, wird es sich angelegen sein lassen, in diese Überstundenmiskwirtschaft hineinzuleuchten.



Feierabend nach achtstündiger Arbeitszeit.

Ein fürsorglicher Direktor.

Auch heute müssen wir uns wieder mit der Firma C. & C. Carstens, Porzellanfabrik im Reichenbach, des näheren beschäftigen. Die Firma will Reibereien einrichten und hat zu diesem Zweck, wenn die Reiben abgebrannt sind, hinter den Türen anbringen lassen. Viele Jungen behaupten nun, daß man sich einen Apparat zulegen will, um den Reiben nach mehr in den Vordergrund des Geschehens zu stellen. Man kann dann auch Kanibale mit hinter diese Mäße stecken. Allerdings sollen die Reiben an den Reibereien auch gebraucht werden können, wenn mal einer schlecht ausgefallen hat und seine unausgefallene Laune den Mitmenschen freundlichweise zum Ausdruck bringt. Man spricht davon, daß Herr Direktor Hinthertür nicht jeden Tag zugänglich und freundlich wäre. Es wären oft Tage vorhanden, die auf Grillsigkeit schließen ließen. Sollte man gar die Reiben zu diesem Zwecke angekauft haben, um Herrn Hinthertür Gerechtigkeit zu geben, sie selbst praktisch auszuprobieren? Wir würden das dann verstehen können. Unter solchen Umständen ist es möglich, daß wir einem Briefe des Herrn Hinthertür ein wenig Verständnis entgegenbringen, den er an unsere Zahlstelle geschickt hat. Er will nicht nur keine Reiben annehmen, sondern schreibt sogar wörtlich: "Erwähnen wollen wir noch, daß wir den größten Teil unserer Leute nur arbeiten lassen, damit solche nicht auf der Straße liegen." Daraus schlußfolgern wir auch, daß die Firmendirektor Herr Hinthertür "nur" arbeiten lassen, damit er nicht dem Gehalt des Stempels unterworfen ist. Wir sind gewiß nicht böswillig, aber genannter Herr sollte einmal mit dem Stempelgehalt sein Leben zu fristen versuchen, er würde die Thron sehr weit hinter legen. Man weiß nicht, ist es Neugierde oder Unverständnis, daß man von den Unternehmern immer und immer hört, sie lassen nur aus lauter Menschenfreundlichkeit arbeiten. Dieses Wort ist in den Mündern dieser Leute geradezu zu einer Redensart geworden. Wir wären dem Sozialismus ein gut Stück näher, wenn wirklich die Profitwirtschaft abgeschafft wäre, aber die Herren Direktoren sind doch die schlimmsten Sachwalter privatrechtlicher Interessen und des heiligen Profits. Daher nehmen wir ihre Worte auch nur von der Seite, wo Mitleid angebracht sind. Ihr Reichenbacher Kollegen und Kolleginnen aber könnt in diesem Briefe ersehen, wie gering auch Herr Hinthertür einschätzt. Sogar seine lieben Stahlhelme dürfen die heiligen Hüllen der Fabrik nur deshalb bereiten, weil der menschenfreundliche Direktor ein Feind der Stempel und des Profits ist. Einem solchen Direktor kann es aber dann passieren, daß die Firmendirektoren zu der Auffassung gelangen, daß er seinen Platz, Profit herbeizuschaffen, nicht versteht und anderen Herren Platz zu machen hat. Aber wir glauben, daß auch die Bilanzen dieses Herrn genügende Rentabilität ausweisen werden, so daß der Reichenbacher Betrieb gewiß mit zu den materiellen Annehmlichkeiten der Firma C. & C. Carstens gehören wird. Wenn Herr Hinthertür mehr Achtung vor der Belegschaft haben soll, Kollegen und Kolleginnen, dann müßt ihr euren Rücken heifer halten, dann müßt ihr eure Betriebsfunktionäre unterstützen, dann müßt ihr Kraft zum Verband halten! Die paar verirrten Stahlhelme im Betrieb machen das Kraut nicht fett; auch sie werden einmal einsehen, daß sie nur geduldige Kulis des Herrn Direktors sind. Wenn Herr Hinthertür noch so weiter verfährt, daß er nicht einmal in die angesehnen Betriebsratssitzungen kommt, um sich mit den Leuten selbst zu verständigen, dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als einmal ein objektives Lebensbild dieses Herrn der Öffentlichkeit zu unterbreiten, so dem es ganz gewiß keine Freude haben wird. An ihm liegt es, wie wir uns ihm gegenüber zu verhalten haben. Das möge er sich merken. Will der Herr ein Länglein wagen, so soll er es nur sagen: Wir spielen ihm auf!

Hüttengrund.

Wie die Arbeitgeber mit ihren Arbeitern und Angestellten verfahren, zeigt wieder folgender Fall bei der Firma Kaufert: Als Nachfolger für unseren verstorbenen Oberbetriebsrat wurde ein Herr aus Berlin, von Beruf Modelleur, eingestellt. Die erste Bedingung war natürlich eine vierteljährliche Probezeit. Wir Sacharbeiter konnten die Wahrnehmung machen, daß dieser Mann in seinen Leistungen erfindungsfähig ist. Aber, wohl an Erfahrung reich, in Bildung sowie Fachkenntnissen groß, konnte er sich nicht in die in diesem Betrieb bestehenden Zustände hineinfinden. Der neue Ober bet für alle den Dingen Gerechtigkeit walten, und das ist etwas, was man bisher bei Kaufert nicht kannte. Es war ihm etwas ungewohnt, daß ein Sacharbeiter für einen Artikel nach dreiwöchiger Arbeit mit 4 M. entlohnt werden sollte. Es war ihm fremd, daß das Reinigen u. dergl. gänzlich unlohn gemacht werden mußte, sowie, wenn wir halbe Tage ohne unser Ver schulden keine Arbeit leisten konnten, keine Entschädigung erhielten, und so konnte man noch eine ganze Menge solcher Uebelstände aufzählen. Er schrieb daher etwas Stunden als Entlohnung auf. Da hatte aber das Reh den Boden verloren. Eine solchen Ober konnte Kaufert nicht brauchen. Herr Betriebsleiter Stephan kam, dann Herr Kaufert; es gab Auseinandersetzungen und die Stunden wurden gestrichen. Der Kollege, der für die 4 M. nicht weiter arbeiten wollte, mußte schon vor den Feiertagen gehen und unter Vorgesetzter bekam am dritten Feiertag früh unversehrt wieder seine Entlassung schriftlich, ohne daß seine Probezeit bis 1. Januar zu Ende war. Und der Grund? Man war mit seinen Arbeiten vollständig zufrieden, aber er hatte nach Meinung der Herren Stephan und Kaufert zu wenig Energie den Arbeitern gegenüber. Da haben sich aber die Herren getäuscht. Der Mann hatte Energie, indem er schlecht gelieferte Ware nicht abnahm und das ungezogene Auftreten Jugendlicher so bestrafte, so daß die Mütter kamen und Abbitte für ihre Söhne leisten wollten. Es war ihm eben nicht gegeben, in dem Sauberdenton, im Einblößen und Schwanzen, wie Stephan, die Arbeiter zu behandeln, um keine Unkenntnis in fachlichen Dingen dahinter zu verbergen. Der Mann redete ruhig und sachlich über Mängel und Ver-

die Kernsten der Armen aus, nämlich gegen die alten Invaliden, die jahrzehntlang ihre Arbeitskraft der Firma zur Verfügung gestellt haben, indem man ihr Ansuchen auf Weitergewährung einer laufenden Notlagenunterstützung aus den Zentralwohlfahrtskassen ablehnte mit der Begründung, die Krankenkassenbetreuer in Wirges seien nicht für die Verschmelzung, deshalb hätten die Arbeiter von dort auch kein Anrecht auf Gelder, die von der Zentrale für Wohlfahrtszwecke ausgegeben werden. Daraus ergibt die Deffenlichkeit, daß unter diesem System aus Wohlfahrtskassen, die von den Kapitalisten geführt werden, nur dann etwas zu erreichen ist, wenn die Arbeiterschaft Anrecht auf Gelder hat. Weil das die Belegschaft von Wirges nicht tat, läßt die vielgepriesene Wohlfahrt die Invaliden leiden. Schöne Wohlfahrt, die erst die Arbeiterschaft ausbeutet läßt und dann, wenn sie sich nicht weigert zeigt, verhungern läßt.

Die organisierte Arbeiterschaft tut gut, aus den Betriebskrankenkassen auszusteigen und sich den Krankenkassen anzuschließen. Dort sind ihre Rechte nicht von dem guten oder bösen Willen eines Unternehmers abhängig.

Schlechtbelohnte Arbeitstreue.

Die Firma Müller & Sela in Neupetershain, die im Jahre 1896 gegründet worden ist, gehörte dem Formensammlermeister Anton Held, Schmelzmeister Adolf Müller und dem Maschinenreißenden Maximilian Hoffmann. Solange diese dem Betrieb vorstanden, war ein halbwegs erträgliches Arbeitsverhältnis zu verzeichnen. Seit dem Jahre 1924 liegt der Betrieb in den Händen von Fritz Müller und Martin Müller. Diese beiden scheinen vergessen zu haben, daß ihre Väter auch einstmal als Arbeitnehmer bei anderen Firmen in Arbeit gestanden haben. Das zeigt folgender Vorfall. Eine Anzahl Firmen ist bemüht, Arbeitern, die in treuer Pflichterfüllung 20 bis 30 Jahre ihre Arbeitskraft geopfert haben, Geschenke in Geld oder Wertpapieren, sowie Diplomen zu machen. Die genannte Firma ehrt aber die Arbeiter nach 25 bis 30 Jahren Beschäftigung dadurch, daß man sie aufs Straßensivallier weist und sie rücksichtslos der Not und dem Elend preisgibt. Wir überlassen es der Deffenlichkeit, sich über diese Firma ein Urteil zu bilden. Welche Lehre zieht nun die Arbeiterschaft aus diesem Vorfall? Sichert die, daß man sich keine Lebensstellung allein dadurchichert, wenn man sich bürgerlichen Vereinen anschließt, die reaktionäre Presse liest, und auch in politischer Beziehung dem Bürgertum mehr Vertrauen schenkt als der sozialistischen Richtung. Das Unternehmertum nimmt keine Rücksicht darauf, sondern legt die Arbeiterschaft rücksichtslos auf die Straße, trotz zwanzig- bis dreißigjähriger Ausbeutung, wenn sie glaubt, den nötigen Gewinn von diesen Arbeitern nicht mehr zu erzielen. Darum rufen wir der Arbeiterschaft in Neupetershain zu: Organisiert euch, meidet die bürgerlichen Vereine und sonstigen reaktionären Bestrebungen, tretet ein in die Arbeitervereine und Organisationen, lest die Arbeiterpresse, dann ist die Gewähr gegeben, daß solchen Wackelknechten ein Kiegel vorgeschoben wird; denn an einer gewerkschaftlich und politisch geschulten geschlossenen Arbeiterschaft wird jeder Angriff des Unternehmertums zerschellen.

Kollege August Fiedler †.

Einen herben Verlust erleidet die Zahlstelle Bedheim durch das Dahinscheiden des Kollegen Fiedler. Ein unermüdlicher Kämpfer der Arbeiterbewegung ist mit ihm dahingegangen. 34 Jahre hindurch gehörte er dem Glasarbeiterverband und zuletzt dem Keramischen Bund an, und noch viel länger der sozialdemokratischen Partei. Als Gewerkschafter stand er stets in den vordersten Reihen und wurde dafür von den Unternehmern von einem Ort zum anderen gejagt. Als dreieckelfabrikant Knabe verlor er schon seinen Vater in dem Völkermord von 1870. Als er 15 Jahre alt war, erlernte er das Glasmacherhandwerk. Unter der Zeit des Sozialistengewerkschafts stand er seinen Mann. In seinem Beruf konnte Fiedler bis 1923 arbeiten. Ein Asthmaleiden hinderte ihn an der Weiterausübung, deshalb legten ihn seine Kollegen in die Kantine. Als ehrlicher, eifriger und forreter Mensch brachte er auch nach die Kantine zum Aufschwung. Seine arbeitsreiche Tätigkeit wurde durch seinen Tod beendet. 57 Jahre ist er alt geworden. Kollege Fiedler hatte den Wahlspruch: "Tue recht und scheue niemand." Als langjähriger Vertrauensmann und Gründer der Zahlstelle Bedheim kämpfte Kollege Fiedler bis zum letzten Augenblick seines Lebens. Die Kollegen der Zahlstelle werden das Wirken dieses Teueren nicht vergessen, und geloben, den Kampf nicht eher abzubrechen, bis die Ziele der Arbeiterschaft erkämpft sind. Den Anorganierten aber rufen wir zu: Organisiert euch restlos im Keramischen Bund und laßt euch das Wirken des dahingegangenen Kollegen ein Vorbild sein. Wir aber rufen dem Verbundenen nach: "Schlafe in Frieden für dein arbeitsreiches Leben." S. W.

Der Überstundenkandal in der Porzellanfabrik Hermsdorf.

Ganz ungeheuerliche Zahlen über die Leistung von Überstunden werden uns aus der Porzellanfabrik Hermsdorf i. T. berichtet. In der deutschen feineramische Industrie besteht ein Abkommen über die Arbeitszeit, das grundsätzlich die 48stündige Wochenarbeitszeit vorsieht. Darüber hinaus kann der Arbeitgeber unter gewissen Voraussetzungen in einzelnen Abteilungen bzw. für einzelne Arbeiter, ja, wenn es die Betriebsverhältnisse erfordern, für den ganzen Betrieb Überstunden bis zu sechs Stunden für die Woche anordnen. Hierzu ist nötig, daß die gleiche Betriebsvertretung angehört wird. Überstunden, die über 51 Stunden in der Woche hinaus verlangt werden, bedürfen der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung. Maßnahmen betriebswirtschaftlicher oder organisatorischer Art, die geeignet sind, ohne Mehrkosten für den Betrieb die Leistung von Überzeitarbeit entbehrlich zu machen, sind durchzuführen. Für die Brenner gilt die 49. Stunde als erste Überstunde. Die Porzellanfabrik in Hermsdorf ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes, und sie wäre

besserungen, aus seiner früheren Tätigkeit konnte er das mit uns. Wir konnten noch etwas von ihm lernen. Es zeigt sich hier abermals, wer mit den bestehenden Hungerlöhnen und mit der entsprechenden Behandlung nicht einverstanden ist, kann gehen. Waren Sie nur, Herr Naushert, die Zeit kommt auch noch. Die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse werden eben auch für Sie ungünstig. Sowohl, Herr Naushert, Sie sind noch jung an Jahren, mancher Ihrer Facharbeiter könnte Ihr Vater sein, und Sie werden noch Facharbeiter und aufrechte, tüchtige „Ober“ mit der Laterne suchen.

Philipp Wichert 1.

Am 13. Januar d. J. verschied das älteste Mitglied unserer Zählstelle, Philipp Wichert. Mit ihm ist einer der treuesten Anhänger der Organisation dahingegangen.

Bereits seit 16 Jahren Invalide, hat der Kollege Wichert immer noch lebhaftes Interesse an der Organisation gezeigt. Allwöchentlich, wenn er die Verbandszeitung und die ihm als Invalide von der Zählstelle gewährte Unterstützung abholte, ging er nicht von dannen, ohne sich über die laufenden Fragen zu informieren. Als vor einigen Jahren der Kollege Wollmann in unserem Büro weilt, wollte es der Zufall, daß der Kollege Wichert die Gelegenheit hatte, seinen ehemaligen Arbeitskollegen zu begrüßen.

Die am 1. August vollzogene Verschmelzung ließ das Herz dieses 87jährigen höher schlagen; wußte er doch aus den langen Jahren seiner Mitgliedschaft, wie notwendig die Organisation für die Gesamtheit der Arbeiterschaft ist. Es sind nicht viele Mitglieder, die mit solcher Anhänglichkeit mit der Zählstelle verbunden sind, wie es Philipp Wichert war.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Bezirkszählstelle Wadenburg und Umgegend.

Falsche Behauptungen.

Die Unternehmer in allen Ländern werfen sich gern die Hülle an, wenn sie gegen die Arbeiter vorgehen. Das zeigt eine Nachsicht über den Konkurrenzkampf der englischen, deutschen und tschechoslowakischen Porzellan- und Steingutindustriellen. Es heißt darin: Die britischen Industriellen behaupteten und wollten beweisen, daß die tschechoslowakische bei weitem niedrigeren Löhnen und unter schlechteren sozialen Bedingungen arbeite, so daß sie zu Preisen verkaufen kann, die in England nicht einmal an die Erzeugungskosten heranreichen. Diese Angaben wurden auf Veranlassung der tschechoslowakischen Porzellanindustrie durch das Committee of Trade einer Prüfung unterzogen, wobei sich die Unrichtigkeit dieser Behauptungen herausstellte. Die tschechoslowakischen und auch die deutschen Fabrikanten haben aber auch ihre Äußerungen und malen das Wesen der japanischen und gewerkschaften der amerikanischen Konkurrenz an die Wand, um die Löhne niedrig zu halten. Trotz der Konkurrenz der Industriellen unter sich wächst eine Hand die andere.

Vor dem Verkauf.

Die Porzellan- und Apparatefabrik Elektro-Union, vorm. H. & G. in Gochsbad (Oberfranken), kann nicht mehr weiter, weshalb die am 20. Januar zusammenkommenden Aktionäre beschließen sollen, die Fabrik zu verkaufen. Selbst wenn der Betrieb wieder in andere Hände kommen und aufgenommen werden sollte, so muß man zweifeln, daß dies Werk jemals eine florierende Porzellanfabrik werden könnte.

Wer ist Schadenersatzpflichtig?

Nicht große, juristische Auseinandersetzungen sollen jetzt folgen, sondern es soll nur gezeigt werden, wie die Arbeitgeber oftmals versuchen, die Arbeiter für Dinge verantwortlich zu machen, die nicht zuletzt auf die Schuld des Arbeitgebers selbst zurückzuführen sind.

Vor allen Dingen sind es viele Arbeitgeber der Ziegelindustrie, die bestritten sind, durch lange Arbeitszeit, schlechte Arbeitsbedingungen, durch ein rigoroses Antreiberisystem das Peste aus der Arbeiterschaft herauszuholen. Wenn dann, bequemt durch diese schlechten Arbeitsbedingungen, das Produkt mangelhaft, verbleibt was sich schablos zu halten, indem man Ersatz des Schabens vom Arbeiter verlangt.

Auch auf die Firma Gebrüder Marx, Altrip, scheint das Vorstehende zuzutreffen.

In vorigen Jahre war bei einem Brand in einem Ringen bei einigen Nummern zum Teil schlechter Brand, zum Teil Schmelz zu verzeichnen.

Der Arbeitgeber verlangte von dem betr. Brenner 500 Mk. Schadenersatz für die Beschädigung, daß er in zu großen Rufen geblieben sei; dadurch sei das Feuer in dem Ringen zu schnell gewachsen; um nun die erforderlichen Dispositionen zu erreichen, habe der Brenner offenbar zu stark nachgeholt, so daß ein Teil Zehre geschmolzen sei. Da der Brenner für keinen Schaden bezahlt war, lehnte er das Verlangen der Firma auf Schadenersatz ab.

Die Firma reichte darauf beim Gewerbeamt Ludwigshafen am 19. 7. 1926 Klage auf Schadenersatz in Höhe von 500 Mk. ein, und erhöhte diese Forderung in einem späteren Termin auf 1500 Mk.

Die Klagen des von Seiten der Firma vorgelegten Sachverständigen widersprachen sich mit den Aussagen der auf frigen des festgestellten Sachverständigen Sachverständigen Rensen in Reichelshausen. Sie stützten sich in der Hauptsache auf die Angaben der Firma und behaupteten diese lediglich.

Es wurde deshalb noch ein anderer Sachverständiger, ein Ingenieur, von Seiten des Gewerbeamtes beauftragt und der Sachverständigen Rensen in Reichelshausen ersuchte, daß alle Sachverständigen der schlechten Brand auf die Beschaffenheit des Brenners nicht genügend getrocknete Steine, sowie Sand und Schmelz, sowie auf die richtige Anordnung der Schmelzschichten zu prüfen. Das Ergebnis zum Teil durch die Klagen der bestimmten Firmen bestätigt.

Der Grund des Schadens letzteren Sachverständigen, sowie der Klagen der bestimmten Firmen, wird das Gewerbeamt durch Urteil vom 21. Dezember 1926 die Klage zurückgewiesen.

Da diesem Urteil berechnete sich die Firma nicht, sondern beim Gewerbeamt Revision einlegte, so wurde das Urteil am 2. Dezember 1926 aufgekündigt.

Die Berufung wird als unbegründet abgelehnt.

In der Berufung ist die Firma auf Schadenersatz von 1500 Mk. im Gewerbeamt bei der Abweisung aufgestellten Gründen an.

Dass war das Verlangen der Firma, des Vorgesetzten für Schaden, der ihr nicht zu Last fällt, verantwortlich zu machen. Die Klagen des von Seiten der Firma vorgelegten Sachverständigen widersprachen sich mit den Aussagen der auf frigen des festgestellten Sachverständigen Sachverständigen Rensen in Reichelshausen. Sie stützten sich in der Hauptsache auf die Angaben der Firma und behaupteten diese lediglich. Es wurde deshalb noch ein anderer Sachverständiger, ein Ingenieur, von Seiten des Gewerbeamtes beauftragt und der Sachverständigen Rensen in Reichelshausen ersuchte, daß alle Sachverständigen der schlechten Brand auf die Beschaffenheit des Brenners nicht genügend getrocknete Steine, sowie Sand und Schmelz, sowie auf die richtige Anordnung der Schmelzschichten zu prüfen. Das Ergebnis zum Teil durch die Klagen der bestimmten Firmen bestätigt.

In der Woche vom 23. bis 29. Januar ist der 5. Wochenbeitrag fällig.

Der Prozess zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Ziegler seine eigenen Interessen am besten wahrnimmt, wenn er sich einer leistungsfähigen gewerkschaftlichen Organisation anschließt. Sorgt deshalb dafür, daß der letzte Ziegler dem Verbandsfabrikarbeiter, Abtlg. „Keramischer Bund“, zugeführt wird. Nur durch eine geschlossene Front der Arbeiter können die Verhältnisse in der Ziegel-Industrie gebessert werden.
S. Derringer.

Kündigung des Lohnabkommens.

In unmittelbarer Nähe der niederrheinischen Großindustrie, die in erster Linie als Abnehmer für feuerfeste Silika- und Chamotteprodukte in Frage kommt, in Homberg, Krefeld, Rheinhausen und Krefeld-Linn liegen die drei linksrheinischen Betriebe, für welche durch Schiedspruch vom 20. 5. 1926 die Lohnfrage geregelt worden war. Für vollwertige Arbeiter hieß es ein Stundenlohn von 68 bis 61 Pfennig Gehalt. Da fast durchweg in Alford gearbeitet wird, dient dieser Stundenlohn als Grundlage für die Akkordtarife.

Die Schwankungen der Konjunktur in den verschiedenen Abnehmerindustrien hatten auch eine unliebsame Wirkung für die feuerfeste Industrie, am unliebsamsten naturgemäß für die Arbeiter. Das Stellament in Homberg lag eine Zeit lang gänzlich still, während im Silamitwerk in Krefeld-Linn monatlang nur 4 Tage in der Woche gearbeitet worden sind. Im September vorigen Jahres beginnend, setzte eine merkliche Besserung der Konjunktur ein, die Arbeiterstellungen zur Folge hatte. Wenn jemals die gehässigen Vermutungen von Arbeiterfeinden, die Arbeiter hätten bei der „hohen“ Erwerbslosenunterstützung kein Interesse an der Arbeit, Augen gestraft worden sind, so bei der Wiedereinstellung von Arbeitern in die feuerfesten Betriebe. Trotzdem die Arbeit in diesen Betrieben nicht nur schwer, sondern in besonderer Weise auch gesundheitsgefährdend ist und auch die Löhne sehr viel zu wünschen übrig lassen, herrscht ein Ueberangebot von Arbeitskräften. Dieses, als auch die trostlose Lage, in der sich die Arbeiterschaft heute allgemein befindet, boten besonders der Betriebsleitung des Silamitwerkes Veranlassung, die Akkordlöhne erheblich zu reduzieren, trotzdem die Leistungen der Arbeiter gegenüber früher bedeutend gestiegen sind. Ob letzteres auch bei den Direktoren zutrifft, entzieht sich unserer Kenntnis, wird aber von den Arbeitern stark bezweifelt. Als Belohnung für Mehrarbeit verringerter Lohn, das kann nur ein ganz verbobertes Unternehmertum ausgedacht haben.

Der brutale Lohnabbau und sonstige Schikanen einer topflosen Betriebsleitung zwangen die Arbeiter, sich enger zusammen zu schließen, um weiteren Verschlechterungen zu wehren und dem Fortschritt die Bahn zu ebnen. Eine vom Fabrikarbeiterverband, Abteilung Keramischer Bund, und vom Christlichen Fabrikarbeiterverband einberufene Konferenz faßte den Beschluß, die Kündigung des bestehenden Lohnabkommens ins Auge zu fassen. Die Kündigung ist auch inzwischen ausgesprochen worden. Den Keramarbeitern in der feuerfesten Industrie dies zur Kenntnis, mit dem beachtenswerten Hinzufügen, daß mit mehr oder weniger Erregung über erlittenes Unrecht und mit radikalen Redensarten die Bewegung nicht zum Siege geführt werden kann. Notwendig ist vor allen Dingen, daß auch noch der letzte Keramarbeiter Mitglied des Keramischen Bundes wird. Mit der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation muß auch das Anwachen des gewerkschaftlichen Vertrauens und Solidaritätsgedühls gleichen Schritt halten. Geht dies, dann wird es auch gelingen, die Pläne reaktionärer Betriebsleitungen und deren mephistischer juristischer Ratgeber zu durchkreuzen.
R. 2

Lohnerhöhung in der Ziegelindustrie Kreten-Köln.

Nach längeren Bemühungen ist es der Verbandsleitung gelungen, die am 31. Oktober 1926 eingeleitete Lohnbewegung mit einem Teilerfolge zu beenden. Die Unternehmer hatten die von den Gewerkschaften eingereichte Forderung schriftlich abgelehnt. Eine vom Schlichtungsausschuß angelegte Verhandlung führte auch zu keinem endgültigen Ergebnis. Der Vertreter der Arbeiter, Herr Kleinsorg, erklärte dort, einen vom Schlichtungsausschuß gemachten Vorschlag nochmals im Kreise seiner Auftraggeber zu besprechen. Ohne die Zustimmung des Herrn Kleinsorg wäre es ausgeschlossen, eine endgültige Erklärung abzugeben. Das Ergebnis war, daß die Tagelohn befristeten Arbeiter von 14 bis 20 Jahren 2 Pf., über 20 Jahre 3 Pf. pro Stunde mehr bekommen sollten. Die Stundenlöhne betragen nach dieser Erhöhung wie folgt:

14-15 Jahre	31 Pf.	18-19 Jahre	48 Pf.
15-16	33	19-20	59
16-17	38	über 20	72
17-18	42	Brenner	77

Die Fortzahlung von 1,20 Mk. pro Kopf und Woche nebst der Britenzulage von 1 Mk. pro Woche für die Verheirateten bleiben unverändert bestehen.

Die Löhne der Arbeiterinnen betragen danach:

14-15 Jahre	31 Pf.	17-18 Jahre	38 Pf.
15-16	33	über 18	48
16-17	35		

Die erhöhten Sätze treten ab 30. Dezember 1926 in Kraft. Eine Erhöhung der Akkordlöhne lehnte Herr Kleinsorg sehr energisch beim Schlichtungsausschuß ab, da das dem Schlichtungsausschuß vorgelegte Lohnschreiben anzeigte, daß die Akkordarbeiter durchschnittlich 60 Pf. pro Woche verdienen. Die Art der Arbeit wurde auch vom Schlichtungsausschuß als besonders schwierig anerkannt, aber Herr Kleinsorg blieb darauf bestehen, daß nur für die im Tagelohn befristeten Arbeiter eine Lohnerhöhung tragbar sei.

Aus der amerikanischen Zementindustrie.

Sicherlich ist in den Unternehmerradien hervorgehoben, daß die amerikanische Zementindustrie trotz großer Leistungsabfälle durch den einseitigen Bedarf noch nicht bedenklich ist. Die Einfuhr von Zement aus dem Ausland ist noch sehr erheblich. Diese Tatsache hat sämtliche Zementwerke innerhalb der amerikanischen Zementproduzenten hervorgerufen. Das kommt in einem Schreiben des Präsidenten der „International Cement Corporation“, S. Strudmann, welches dieser kürzlich an die Mitglieder in Deutschland richtete, zum Ausdruck. In diesem Schreiben ist der Wert der Zementindustrie seit dem Jahr 1920 auf 2 Milliarden Dollar geschätzt. Es wird in dem Schreiben hervorgehoben, daß die Summe für die amerikanischen Zementfabriken einen Verlust von 16 Millionen Dollar für die Eigentümer von 7 Millionen Dollar für die Arbeiter und 12 Millionen Dollar für die Staatlichen Zementwerke betragen. Die amerikanische Zementindustrie kommt aus Belgien,

welches Land infolge der niedrigen Löhne (etwa 90 Cents pro Tag und Arbeiter, während der amerikanische Arbeiter etwa 4,50 Dollar pro Tag erhalte), billigen Brennstoffen und billigen Eisenstrahlen in der Lage sei, die amerikanischen Produzenten um etwa 15 bis 20 Cents pro Kubik zu unterbieten.

Wenn es Strudmann auch unterläßt, Vorschläge zur Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz zu machen, so gibt er doch Winke, und zwar dahin, daß es die staatlichen und städtischen Behörden in der Hand hätten, bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten die Verwendung amerikanischer Zement vorzuschreiben. Er weist darauf hin, daß der Gouverneur eines Staates diese Praxis bereits befolgt.

Da in Amerika ebenfalls ein großer Bedarf an billigen Wohnungen vorhanden ist, wird wohl die Regierung noch keine Maßnahmen zwecks Erschwerung der Einfuhr von Baumaterialien treffen.

Die amerikanischen Zementindustrie versucht deshalb, durch verstärkte Leistungsfähigkeit der ausländischen Konkurrenz zu begegnen. Im Hudson-River-Distrikt sind von den amerikanischen Zementfabriken die Lager guter Rohmaterialien fast sämtlich mit Beschlag belegt. Auch die Lawrence-Portland-Cement-Co. hat sich Kalklager entlang der New-England-Küste von Maine bis New York gesichert. Auch die deutsche Zementindustrie hat bisher einen erheblichen Teil ihres Produktes nach Amerika auszuführen.

Der amerikanischen Industrie insgesamt ist es bisher gelungen, trotz höherer Löhne auf verschiedenen Gebieten (durch Einführung besserer technischer Einrichtungen) die ausländische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Es wird auch der amerikanischen Zementindustrie gelingen, die ausländische Konkurrenz erheblich zu beschränken.

Die Folge der Einschränkung wird auch bei uns wieder verstärkter Druck auf die Löhne, sowie der übrigen Arbeitsbedingungen sein, wenn die Zementarbeiter nicht dafür sorgen, daß ihre Schutzmauer, die gewerkschaftliche Organisation, so verstärkt wird, daß sie dem Ansturm der Unternehmer standhält.

Zur Verteidigung bereit!

Als zu Beginn des Jahres 1926 das Bestreben der Arbeitgeber überall daraus hinauslief, den sich schon recht niedrigen Lohn der Arbeiter noch mehr zu kürzen, war es eigentlich selbstverständlich, daß bei diesem Spiel die Ziegelindustrie der hohenlohischen Ziegelindustrie nicht fehlen durfte. Trotzdem eine sachliche Voraussetzung zum Lohnabbau nicht gegeben war, erfolgte durch Vereinbarung vor dem Schlichtungsausschuß in Heilbronn eine Lohnherabsetzung, die allerdings auch den Wünschen der Unternehmer nicht Rechnung trug. Durch das Verhalten der Arbeiter zweier Betriebe war es leider nicht möglich, die Scharte vom Frühjahr 1926 im Laufe des vergangenen Jahres auszuweichen. Der Druck und die Not, nicht zuletzt aber auch das Verhalten einzelner Ziegelindustrieller, hat die Arbeiter der hohenlohischen Ziegelindustrie zur Besinnung gebracht. Nicht nur, daß die Herrschaften den Arbeitern Schwierigkeit auf Schwierigkeit innerhalb des Betriebes bereitet, ist auch in einem Werk der Ziegler gemacht worden, nebst einem weiteren Lohnabbau den Urlaub, der vertraglich festgelegt ist, den Arbeitern nicht mehr zu gewähren. Dieses Vorgehen hat dazu beigetragen, daß die Arbeiter der Ziegelbetriebe am 9. Januar in Heilbronn in einer Versammlung sich mit diesen Dingen beschäftigten. Die einzelnen Arbeiter kamen aus stundenweiser Entfernung erfreulicherweise recht zahlreich zu der Versammlung. Nach den Ausführungen des Kollegen Geiger kam in der Diskussion durch einzelne Kollegen die Erbitterung recht drastisch zum Ausdruck. Die Arbeiter der Ziegelindustrie haben lange Zeit gebraucht, bis sie sich der Tragweite ihrer Gleichgültigkeit bewußt geworden sind. Der Aufmarsch am Sonntag bewies aber, daß die hohenlohischen Ziegelarbeiter sich wieder bewußt geworden sind, daß sie durch Zusammenhalten in der Organisation den Arbeitgebern schon früher teilweise recht erbitterte Köpfe zu liefern in der Lage waren. Diese Versammlung wird und muß der Auftakt zur neuen Werbetätigkeit für die Organisation werden, damit die Ziegelarbeiter in der Lage sind, das an ihnen vollzogene Unrecht mit Hilfe der Organisation zu revidieren. Die hohenlohischen Ziegelarbeiter werden den Arbeitgebern gegenüber ihren Urlaub und ihren Lohnanteil zu verteidigen wollen, das zeigete die Versammlung mit aller Deutlichkeit. Nun muß weiter gearbeitet und gewonnen werden, damit den Ziegelindustriellen alle Luft verweht, den Arbeitern von dem Ertragen irgend etwas zu nehmen.
Geiger.

Kündigung des Rahmentarifs in der rheinischen Ziegelindustrie betitelt sich eine Abhandlung in Nr. 3 dieser Blätter; darin wurde der Kündigungsstermin mit dem 31. Dezember 1926 angegeben. Das ist nicht richtig. Der Tarif ist zum 31. März 1927 gekündigt worden.

Literarisches.

- „Urania-Kalender 1927.“ In Ganzleinen gebunden 2 Mk., für Abonnenten der Zeitschrift „Urania“, Monatsheft für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, 1,50 Mk. Urania-Verlags-Ges. m. B. H., Jena.
- Der Inhalt ist geistreich. Der Kalender bringt Erinnerungstage, die für den Arbeiter interessant sind, und er zeigt dabei seine eigenen Wege. Wie es sich für das Jahr 1927 ziemt, schmückt das Bild des großen Naturforschers Newton, der 1727 starb, das Titelblatt.
- Über den Beruf eines Koches oder Kellners orientieren zwei kleine Broschüren, die der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Berlin N. 24, Eisasserstr. 46/48, III, herausgegeben hat und den Interessenten kostenlos zur Verfügung stellt. Bei Bedarf wolle man sich an die angegebene Adresse wenden.
- „Gewerkschafts-Archiv.“ Monatsheft für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena, Januarheft 1927. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena, St. Jakobstraße 36. Vierteljahresabonnement 3/60 Mk.
- „Wirtschafts-Informationen.“ Schriftleitung Kurt Heinz, Berlin, Dezemberheft 1926. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena, monatlich 1 Heft. Vierteljahresabonnement 2 Mk.

Arbeitsmarkt.

- Ein tüchtiger Scheibenschleifer, gut eingearbeitet auf Römer und starkes Glas, wird sofort aufgenommen durch Rudolf Schwarzer, Glaschleifer, Gartenberg im Riefenberge. (10)
- Tüchtige Unterglasurmalere und -malerinnen stellen ein Magdeburger Steingutfabrik E. & C. Carlens, Magdeburg-Neustadt. (11)
- Geschilder Treibhauunterglasurmalere mit guten Zeugnissen sucht Stellung. Angebote unter „F. 7“ an den „Keramischen Bund“ erbeten.
- Tüchtiger, junger Porzellanformer, in allen vorkommenden Arbeiten seines Faches vertraut, gestützt auf gute Zeugnisse, sucht für sofort oder später Arbeit. Offerten unter „F. 6“ an den „Keramischen Bund“ erbeten.
- Tüchtiger Dreher sucht Stellung; firm im Schalen- und Dreharbeiten, gutes Zeugnis vorhanden. Weiß Angebote unter „F. 5“ an den „Keramischen Bund“.
- Tücht. Glasbläsergehilfen stellt sofort ein Karl Michael Reiner, Kr. Glas, Obergerlitz, 117. (12)
- Einige perfekte Schablonenrinnen für Unterglasur baldigst gesucht. Für Unterkunft und Verpflegung ist in unserem Wadbenheim gesorgt. Porzellanfabrik C. Tielig & Co., A.-G., Wadbenburg-Altwasser (Schl.). (13)
- Tüchtiger Porzellanbrecher aus einer Qualitätsfabrik sucht für sofort als Leiharbeiter Stellung. Für Flottes und fauberes Arbeiten wird garantiert. Gute Zeugnisse liegen zu Diensten. Angebote unter „F. 8“ an den „Keramischen Bund“ erwünscht.

Verlag: Albin Carl, Charlottenburg, Brabeckstr. 2-5.
Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Henninger, Charlottenburg, Brabeckstr. 2-5.
Druck: C. Janssen, Berlin SO. 26, Gieselerstr. 28/29.